

Einwohnerfragen für die Sitzung des Rates am 19.03.2026

Fragesteller A:

Frage 1:

„Aus welchem Grund wurde Am Markt vor dem Antiquariat der gesunde Baum gefällt, anstatt ihn aufgrund seiner Größe und der sich daraus ergebenden Verschattung, Umgebungsabkühlung und Wasserspeicherung in die Planungen zur „Grün-Oase“ dort einzubeziehen?“

Antwort der Verwaltung:

Der Zustand des Baumes war soweit geschädigt, dass er die Baumaßnahme mit damit unumgänglichen Arbeiten im Wurzelraum an Ver- und Entsorgungsleitungen, nicht überstanden hätte. Auch standortverbessernde Maßnahmen hätten zu keinem besseren Ergebnis für den Baum geführt. Somit eine Neupflanzung mit einem optimierten Wurzelraum vorgesehen.

Frage 2:

„Wann werden die in der Spörckenstraße Ende 2024 gefällten 7 Straßenbäume durch Neuanpflanzungen ersetzt?“

Antwort der Verwaltung:

Die Bäume in der Spörckenstraße können aktuell nicht an dem Standort nachgepflanzt werden, da sich im Untergrund Versorgungsleitungen befinden, die zur jetzigen Zeit nicht umgelegt werden können. Die 7 Bäume wurden bereits durch diverse andere Pflanzmaßnahmen in der Stadt Celle ausgeglichen.

Frage 3:

„In welcher Weise unterstützt die Stadt Celle die von der Schließung bedrohten Sozilläden, um diese wichtigen Einrichtungen zu erhalten?“

Antwort der Verwaltung:

Nach aktuellen Informationen steht eine Lösung in Aussicht.

Fragesteller B:

Frage 1:

„Wo genau (Ortsangabe) befindet sich derzeit die Skulpturengruppe „Die Stadtkieker“?“

Antwort der Verwaltung:

Die Skulptur "De Stadtkieker" ist im Besitz des Werbehauses Celle. Eine Anfrage nach dem Verbleib blieb bisher unbeantwortet. Der Aufenthaltsort ist damit ungeklärt.

Die Antwort zu Frage 2 und 3 wird zusammengefasst.

Frage 2:

„Auf welcher Seite des Budgethaushalts 2024 wurde den Ratsmitgliedern die Budgetierung bzw. der Ankauf der 1000 „entkoppelten“ Hörli-Figuren kenntlich gemacht, wonach sie diese Budgetierung bzw. diesen Ankauf der „entkoppelten“ 1000 Figuren für den Haushalt 2024 hätten beschließen können?“

Frage 3:

„Warum wurde im März 2025 eine Budgetverschiebung für die 1000 von der kulturellen Veranstaltung „entkoppelten“ Skulpturen über 110.000 Euro „notwendig“ und im VA beschlossen, obwohl der Ankauf der 1000 von der kulturellen Veranstaltung „entkoppelten“ Skulpturen angeblich bereits mit dem Budgethaushalt 2024 finanziert und beschlossen worden war?“

Antwort der Verwaltung:

Die Kommunalaufsicht hat sich aufgrund einer Beschwerde ausführlich mit dem Sachverhalt beschäftigt und bestätigt, dass dieser Vorgang mit geltenden Recht im Einklang steht. Das Schreiben der Kommunalaufsicht liegt dem Fragensteller vor. Ich sehe keine Veranlassung, darüber hinaus noch weitere Ausführungen zu diesem Vorgang zu machen.

Bezüglich der ersten Frage bittet Ratsherr Rentsch um Auskunft, ob sich die Skulptur lediglich im Besitz oder auch im Eigentum des Werbehauses Celle befindet. Erste Stadträtin Mrotzek gibt dazu an, dass sie davon ausgeht, dass das Werbehaus auch Eigentümer sei. Die Stadt habe keine Eigentumsrechte. Des Weiteren führt Ratsherr Rentsch aus, dass er auch nachgeforscht habe, wo sich die Skulptur befindet. Leider sei dies ebenfalls erfolglos verlaufen.

Zusatzfrage:

„Mit welchem Ratsbeschluss wurde die Verwaltung legitimiert, Steuergelder für den Ankauf von 1000 Figuren einzusetzen, für deren Produktion und Anschaffung sich nicht die Stadt Celle, sondern der Museumsverein Celle e.V. vertraglich verpflichtet hatte?“

Erste Stadträtin Mrotzek antwortet, dass - wie bereits mehrfach ausgeführt - für den Ankauf die Stadt Celle zuständig war. Die Legitimierung ergebe sich aus der vom Rat beschlossenen Budgetierungsrichtlinie und der damit erfolgten Verschiebung. Die Kommunalaufsicht habe diesen Vorgang geprüft und bestätigt, dass die Verwaltung rechtmäßig gehandelt hat.

Beigeordneter Ohl bittet die Verwaltung, den Ratsmitgliedern das in Rede stehende Schreiben der Kommunalaufsicht zukommen zu lassen. Dies sagt Erste Stadträtin Mrotzek zu.

Fragesteller C:

Frage 1:

„Wie erklärt die Stadtverwaltung und wie bewertet der Stadtrat, dass die Bauverwaltung erst vor kurzem, und nicht schon während der Jahre zurückliegenden Verkaufsverhandlungen mit der BlmA, erkannt hat, dass die Fahrzeughallen auf der Konversionsfläche ‚Hohe Wende‘ baufällig sind?“

Antwort der Verwaltung:

Im Vorfeld gibt es keine detaillierten oder gebäudescharfen Untersuchungen.

Erst für die Idee der Hallenbelegung mit PV-Anlagen ergab sich die Notwendigkeit einer statischen Untersuchung sowie die Untersuchung der Beschaffenheit des Betons. Die Untersuchungsergebnisse ergaben eine sofortige Nutzungsuntersagung der Hallen, auch ohne PV-Anlagen.

In Abstimmung mit dem Denkmalschutz werden die Hallen A + C zurückgebaut und nach einem aktuellen und zeitgemäßen Bedarf neu gebaut.

Frage 2:

„Welche Gesamtkosten veranschlagt die Bauverwaltung für die notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen der abgängigen Fahrzeughallen im Bereich des neuen Bauhofs ‚Hohe Wende‘ und wie äußern sich die Ratsmitglieder dazu, da sie, vor ihrem Beschluss zum Doppelhaushalt - der Verwaltungshandeln auslöst -, wohl über diese zusätzlichen Baukosten informiert waren?“

Antwort der Verwaltung:

Die Gesamtkosten sind öffentlich im Investitionsplan nachzuvollziehen. Es ist davon auszugehen, dass sich auch der Rat vor Haushaltsabstimmung darüber informiert hat und informiert wurde.

Frage 3:

Wie erklärt die Stadtverwaltung und wie äußert sich der Stadtrat dazu, dass, bei der vergleichenden Kostenschätzung „Bauhof: Neubau vs. Sanierung“ von 2013, Erstellungskosten des Bauhofs ‚Hohe Wende‘ unberücksichtigt blieben, wodurch damals der Beschlussvorlage der

Verwaltung >> Neubau ‚Hohe Wende‘ << als vermeintlich kostengünstigster Variante zugestimmt wurde?

Antwort der Verwaltung:

Die Erstellungskosten – gemeint sind vermutlich die Investitionskosten – sind bei der Entscheidungsfindung „Bauhof: Neubau vs. Sanierung“ im Jahr 2012/2013 bekannt gewesen und auch berücksichtigt worden. Es wird suggeriert, dass die Fragestellung so gemeint ist, dass über die neuen Hallen gesprochen wird. Es war nicht ersichtlich, dass die Hallen nicht nutzbar sein werden.

Zusatzfrage:

„Befindet sich die Stadtverwaltung mit dem Generalplaner S3 Sasse + Sasse GmbH aus Bremen in einem Rechtsstreit?“

Stadtbaurätin Kuhls verneint diese Frage.

Ratsherr Trenkenschu erklärt, dass damals die Kalkulationsgrundlage sehr unübersichtlich und nicht transparent gewesen sei. Deshalb habe man seinerzeit dieses Vorhaben abgelehnt.